

Nur noch militärische Lösungen für Berlin?



Lummer an den sogenannten vernünftigen Teil der Hausbesetzer am 28.4.82

... Ich appelliere daher an alle vernünftigen Besetzer: Nehmen Sie Verhandlungsangebote von Senat und Vermittlern an, damit Gewalt vermieden wird.

Erklärung:

Drei Mal standen Vermittler und Besetzer/innen mit Senat und Eigentümern unmittelbar vor Aufnahme von Verhandlungen über politische Lösungen für die besetzten Häuser:

1. Im Frühjahr 1981 wurden Gespräche über die „Käseglocke" (Treuhandmodell) durch die Massenverhaftungen des Besetzerrates in der Luckauer Str. 3 beendet.
2. Ende September 1981 wollten die Besetzer/innen Nutzungskonzepte und Vorschläge für politische Lösungen öffentlich vorstellen. Am 22.9. räumte der Senat rechtzeitig acht bedrohte Häuser.
3. BI SO 36, Netzwerk und zahlreiche Besetzer/innengruppen stehen im April 1982 vor der Aufnahme von Verhandlungen über ein konkretes Modell zur Legalisierung der Häuser. Ende diesen Monats wollte Netzwerk sein Netzbaumodell seinen Mitgliedern, Besetzer/innen- und Politöffentlichkeit zur Diskussion stellen. NH-Besetzer/innen und Neue Heimat hatten ein erstes Gespräch vereinbart. Der Senat weiß um diese Entwicklungen. Er läßt eine Woche vorher das Haus Kopischstr. 5 räumen.

Bausenator Rastemborski erklärte am vergangenen Samstag im Fernsehen (Lokaltermin, SFB, 19.00 Uhr), es stünden keine weiteren Räumungen in der nächsten Zeit an. Zwei Tage später wird geräumt. Das Mißtrauen der Besetzer/innen hat sich bestätigt: Das Wort des Senats gilt nicht einmal zwei Tage.
Deshalb muß vor den Verhandlungen über konkrete Modelle ein Räumungsstop erreicht werden. Auch der Senat muß begreifen, was der DGB und die BVV Kreuzberg begriffen und ausgesprochen hat: Wem man die rechte Hand zu Verhandlungen bietet, dem schlägt man nicht mit der linken ins Gesicht. Wer verhandeln will, darf nicht räumen.

Diese Erklärung haben bisher unterzeichnet: Besetzer/innen aus den Hauert/Noack, + Neue Heimat Häusern in Schöneberg, Block 103 in Kreuzberg, und vom Strategiengebiet SO 36, Neuköllner Besetzerrat, Schöneberger Besetzerrat, Netzwerk, Verein SO 36, BI SO 36, Berliner Mieterverein, Paten- und Unterstützerkreis, Mitglieder des Leitungskreises des Evangelischen Bildungswerks: Richter, Maass, Herbig, Duntze, Marsen, Herzberg, Petersmann, Heilmann, Busch, Pfarrer Quandt, Pfarrer Wohlatz, Pastorin Räbiger, Pastorin Pauschert-Thomas, Pfarrer Thomas, Pastorin Fechner, Pfarrer Tag, Pfarrer Huber, Pfarrer Galbeck, Synodale Lewan, Warnecke, Kain, Romroth, Curth, Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Jugend, Die Mitarbeiter der Abteilung 4 (Evangelische Akademie), Brunhild Hünecken (Diakonisches Werk),

Landesverband Jungdemokraten, AL-Kreuzberg, Asta der FHSS, AG Bau/Wohnen der AL Schöneberg...
Die Leute, die diese Erklärung unterstützen wollen, sollen sich bitte beim Netzwerk, Gneisenaustr. 2, 1-61, Tel. 691 30 72 melden. [redacted]

sofort umdrehen!

Die Ereignisse:

Die angemeldete Demo am Dienstag (27.4.) fand als eine Protestmaßnahme gegen die vorher nicht angekündigte Räumung der Kopischstr. 5 statt.
Gegen 19.00 h zogen ca. 5.000 Demonstranten/innen, wie vereinbart friedlich und unvermummt, in Richtung Chamissoplatz. Als der Demo-Zug das geräumte Haus Kopischstr. 5 erreichte, flogen aus dessen Fenstern aus kurzem Abstand mehrere Tränengasgranaten gezielt in die Menge. Dabei wurden mehrere Demonstranten/innen verletzt. Die Polizei hat bei diesem üblen Angriff massive Verletzungen und Massenpanik (in den engen Straßen gab es keine Ausweichmöglichkeit) bewußt miteinkalkuliert und damit gezeigt, daß sie keine Bedenken hat, selbst angemeldete und friedlich verlaufende Demos noch vor deren Ende militärisch aufzulösen. Die letzten Demonstranten/innen, die nach diesem Angriff noch einen geordneten Rückzug zum Mehringdamm versuchten, wurden dort endgültig auseinandergeprügelt. Was folgte, war eine Menschenjagd bis tief in die Nacht, bei der von der Polizei selbst auf einzelne Personen gezielt Gasgranaten geschossen wurden und bei der auch beabsichtigt war, den Mehringhof (kein besetztes Haus, sondern ein von 30 Alternativprojekten »legal« gekauftes Haus) zu stürmen, in den zahlreiche Verletzte geflüchtet waren. Nur auf Grund massiver Interventionen des Baustadtrats Orlowski wurde die Polizei zurückgepfiffen.
Damit hat der Senat erneut bewiesen, daß er noch nie ein politisches Konzept hatte, sondern einzig und allein mit militärischen Mitteln zu reagieren weiß.
Denn: Diese Taktik steht im krassen Gegensatz zu

- Rastemborskis Äußerung, daß keine Räumungen in nächster Zeit anstünden.
- der Versicherung des Sonderausschusses der BVV Kreuzberg, daß — solange er besteht — in Kreuzberg nicht geräumt würde.
- den gleichlautenden Äußerungen einiger privater Hausbesitzer.
- dem Räumungsmoratorium des DGB.

Das zeigt auch eine erste Stellungnahme des DGB-Chefs Pagel, der es als „bedrückend" bezeichnete, daß die Räumung der Kopischstr. „genau in dem Augenblick, wo sich alle um Verhandlungen bemühten", stattfand.
Die militärische Lösung der Besetzerproblematik, von Springer entsprechend aufbereitet, lenkt davon ab, Grundsätzliches an der Wohnungsnot, steigenden Mieten und an der Zubetonierung Berlins etwas zu ändern.
Es ist logisch, daß auch die nächsten Schläge gegen eine friedliche Lösung schon vorbereitet sind. So laufen noch vor dem 1. Mai die Ultimaten zur freiwilligen Räumung dreier Häuser aus. Betroffen sind die teilbesetzten Häuser Fidicinstraße und Friesenstraße in Kreuzberg, deren Eigentümer Vogel/Braun aus Profitinteresse räumen lassen wollen.
In dieser schwierigen Situation den direkten Widerstand denen zu überlassen, die in besetzten Häusern leben, rächt sich. Denn jede Räumung bedeutet Vernichtung billigen Wohnraums und ist somit ein Angriff auf alle Mieter/innen.
Die Kritik an bestimmten Aktionsformen der Bewegung zum Anlaß zu nehmen, sich generell rauszuhalten, paßt in Lummers Strategie! Kommt daher trotzdem zu unseren Demos, überlegt Euch eigene Aktionen und diskutiert die Vorschläge zur Legalisierung der Häuser und fordert deren Verwirklichung!
Wenn die Rechnung von Lummer, Weizsäcker & Co nicht aufgehen soll, jede Protestbewegung isoliert von anderen fertigzumachen, müssen wir zeigen, daß jeder Angriff uns alle betrifft.
Bausenator Rastemborski gerät durch das Bürgerbegehren gegen die Aufhebung der Mietpreisbindung ins Schwitzen, und die Tendenzwende im DGB zugunsten der Hausbesetzer/innen hätte vor ein paar Monaten keine/r für möglich gehalten.
Noch ist längst nicht alles ausprobiert, um diesen Senat endlich in den Ruhestand zu schicken:

